

Armut und Armutsminderung in Indonesien

Das Reden über Armut

Ereignisse wie der bevorstehende Weltsozialgipfel sind für Politiker jeder Couleur willkommene Anlässe, öffentlich die eigene Betroffenheit über "die Armut in der Welt" und den festen Willen zu bekunden, nun endlich etwas gegen die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich tun zu wollen. Auch diesmal wird es nicht an Statements dieser Art fehlen. Dabei wird in der Regel der Eindruck erweckt, alle seien sich über das, was Armut ist, einig, und man müsse "nur" die richtige Strategie finden, um Armut wirkungsvoll bekämpfen zu können.

Hinter den einheitlichen Bekundungen verbergen sich allerdings ganz unterschiedliche Auffassungen von Armut. Trotz der weltweit zu beobachtenden Verelendungsprozesse ist Armut nämlich weit weniger ein für jeden offensichtliches Phänomen als ein soziales Konstrukt. Armut wird dabei auffallend häufig von denjenigen definiert, die selbst nicht arm sind und sich den Armen prinzipiell überlegen fühlen.

Am Beispiel Indonesiens läßt sich sehr gut zeigen, wie unterschiedlich der Entwicklungsweg eines Landes bewertet werden muß, je nachdem, wie Armut definiert wird.

Armut in Indonesien aus unterschiedlicher Sicht

Für die Weltbank gilt Indonesien als eines der Musterländer für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklungsstrategie bei gleichzeitiger Verminderung der Armut ("equity with growth"). Und in der Tat können sich die offiziellen Zahlen sehen lassen: Mitte der 60er Jahre lag das Bruttosozialprodukt pro Kopf in Indonesien bei etwa US\$ 50, ungefähr die Hälfte dessen, was Länder wie Indien, Nigeria oder Bangladesch zu dieser Zeit aufzuweisen hatten. Ende der 80er Jahre überstieg das indonesische Bruttosozialprodukt mit US\$ 500 pro Kopf den entsprechenden indischen Wert um etwa 30 %, denjenigen Nigerias um 50 % und den von Bangladesch sogar um 150 %.

Dieses beeindruckende makro-ökonomische Wirtschaftswachstum wurde von einem stetigen Rückgang an Armut begleitet - "Armut" definiert als Anteil der indonesischen Bevölkerung, der unterhalb einer einheitlich festgelegten Ar-

mutsgrenze lebt. Die Armutsgrenze gibt dabei in monetärer Bewertung die Mindestmenge an Lebensmitteln und sonstigen Gütern wieder, die als absolut notwendig angesehen werden. Wie die Tabelle zeigt, hat sich der Anteil der armen Bevölkerung in den Zeiten hoher Einkünfte aus den Erdölexporten zwischen 1976 und 1984 in etwa halbiert. Die absolute Anzahl an Armen sank von 52 auf 35 Millionen Menschen. Für die Weltbank noch bedeutender ist allerdings der absolute und relative Rückgang der so definierten Armut zwischen 1984 und 1987. Trotz harter struktureller Anpassungsmaßnahmen in Folge des drastischen Verfalls der Ölpreise seit Anfang der 80er Jahre sank der Anteil der unterhalb der offiziellen Armutsgrenze Lebenden in diesem Zeitraum noch bis auf 17 %. Heute geht man von rund 15 %

Armen aus, was einer absoluten Anzahl von 27.2 Millionen Menschen entspricht.

Die absolute Armut hat sich dabei allerdings nicht in allen Regionen Indonesiens gleich stark vermindert. Schon auf Provinzebene zeigen sich erhebliche Unterschiede. Während der Anteil der Armen vor allem in Zentral- und Ostjava zwischen 1976 und 1987 um mehr als 30 % bis auf 10 % - 20 % der Bevölkerung gesunken ist, leben in den Provinzen Ostindonesiens nach wie vor ein Drittel und mehr, in Irian Jaya sogar über die Hälfte der ländlichen Bevölkerung unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Trotz dieser regionalen Unterschiede wird der Entwicklungsstrategie des Regimes der Neuen Ordnung auch bezüglich der Armutsminderung besonderer Erfolg bescheinigt.

Die Art der Armutmessung durch die indonesische Regierung und die Weltbank ist allerdings nicht unumstritten. Da sind zunächst die methodischen Probleme bei der Konstruktion einer adäquaten Armutsgrenze. Problematisch ist hier vor allem die Berücksichtigung der zeitlich und räumlich stark variierenden Preise für die armutsrelevanten Basisgüter und -dienste, die unterschiedlichen Präferenzen der Bevölkerung vor allem bei Nahrungsmitteln, die Berücksichtigung der unterschiedlichen Qualität der

Ergebnis der offiziellen Armutsmessung in Indonesien (1976 - 1990)

| | Anteil der armen Bevölkerung an der gesamten Bevölkerung (in %) | | | | | |
|--------|--|------|------|------|------|------|
| | 1976 | 1978 | 1980 | 1984 | 1987 | 1990 |
| Stadt | 38.8 | 30.8 | 29.0 | 23.1 | 20.1 | 16.8 |
| Land | 40.4 | 33.4 | 28.4 | 21.2 | 16.4 | 14.3 |
| Gesamt | 40.1 | 33.3 | 28.6 | 21.6 | 17.4 | 15.1 |
| | Absolute Anzahl der armen Bevölkerung (in Millionen) | | | | | |
| | 1976 | 1978 | 1980 | 1984 | 1987 | 1990 |
| Stadt | 10.0 | 8.3 | 9.5 | 9.3 | 9.7 | 9.4 |
| Land | 44.2 | 38.9 | 32.8 | 25.7 | 20.3 | 17.8 |
| Gesamt | 54.2 | 47.2 | 42.3 | 35.0 | 30.0 | 27.2 |

Armutsgrenze: Notwendige Ausgaben für Lebensmittel, um täglich 2.100 Kalorien konsumieren zu können und Ausgaben für andere notwendige Güter wie Wohnen, Kleidung, Koch-Utensilien etc.

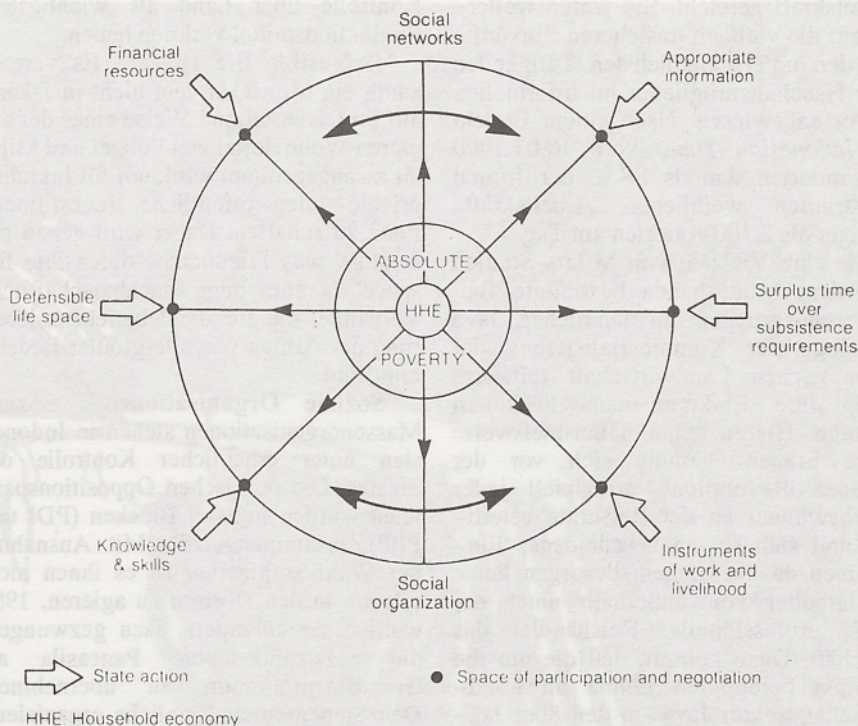
Quellen: Biro Pusat Statistik 1989: Kemiskinan Distribusi Pendapatan dan Kebutuhan. Jakarta; Biro Pusat Statistik 1989: Statistik Indonesia 1988. Jakarta; The World Bank 1990: Indonesia. Strategy for a Sustained Reduction in Poverty. Washington; Booth 1993

Nahrungsmittel sowie ganz generell die Erfassung der tatsächlichen Ausgaben der Haushalte für bestimmte Güter.¹ Je nach Methode zur Festlegung der Armutsgrenze ergeben sich bei der Schätzung des unterhalb der Armutsgrenze lebenden Anteils der Bevölkerung Unterschiede von bis zu 15%.² Dies ist umso gravierender, als in Indonesien ein besonders großer Anteil der Bevölkerung nur knapp oberhalb der offiziellen Armutsgrenze lebt. Würde man die notwendigen Einkünfte oder Ausgaben nur um 10% höher ansetzen, würde sich die absolute Anzahl der Armen gleich um ein Drittel, also etwa um 10 Millionen Menschen, erhöhen. Allerdings kommen alle bisherigen Armutsschätzungen, die mit absoluten Armutsgrenzen arbeiten, zu dem einheitlichen Ergebnis, daß sich die Armut in Indonesien seit Mitte der 60er Jahre erheblich vermindert hat.

Zwar ist die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende Entwicklung unbestreitbar ein beeindruckendes Ergebnis. Mit dem dahinterstehenden eindimensionalen, ökonomischen Armutskonzept werden allerdings ganz bestimmte Dimensionen von Armut ausgeblendet.

Problematisch ist zunächst, daß bei der Verwendung absoluter Armutskonzepte das Entwicklungsniveau und die Einkommensverteilung innerhalb der zu betrachtenden Gesellschaft unberücksichtigt bleibt. Armut wird nicht in Beziehung zu dem innerhalb der jeweiligen Gesellschaft vorhandenen Reichtum und dessen Verteilung gesetzt, wie dies bei relativen Armutskonzeptionen der Fall ist. Eine absolute, objektiv und interkulturell gültige Armutsgrenze kann es aber nicht geben. Armut ist vielmehr ein gesellschaftlich definierter Status. Bei absoluten Armutsmessungen wird das, was an Lebensmitteln und Gütern als unbedingt notwendig angesehen wird, statt durch politische Aushandlung zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft unter Ausschluß der Betroffenen von einer Handvoll selbsternannter Experten festgelegt.

Ausgeblendet bleiben bei einfachen ökonomischen Armutskonzeptionen außerdem die sozialen und politischen Dimensionen von Armut. Mehrdimensionale soziale Armutdefinitionen gehen davon aus, daß Armut nicht nur ein Zustand materiellen Mangels, irgendeine Form der Unterversorgung ist, sondern auf einer Vielzahl wirtschaftlicher und sozialer Restriktionen beruht, die sich gegenseitig bedingen und verstärken. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Frage nach der Teilhabe bestimmter Bevölkerungsschichten oder -klassen an den Ressourcen und Chancen einer Gesellschaft. Teilhabe setzt den Zugang zu Ressourcen voraus. Wer welchen Zugang zu welchen Ressourcen hat, ist gesellschaftlich geregelt. Der mangelnde Zugang armer Bevölkerungsgruppen zu



Armutskonzept nach Friedmann: Armut als fehlender Zugang zu Quellen gesellschaftlicher Macht

aus: John Friedmann, Empowerment, Cambridge, Mass.: Blackwell, 1992, S. 67

diesen Ressourcen führt dazu, daß fundamentale Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden können. Zu diesen Grundbedürfnissen gehören bei komplexeren Armutdefinitionen nicht nur materielle Dinge wie Wohnung, Kleidung etc., sondern auch das Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit, Partizipation oder Identität.

Eines dieser komplexeren Armutskonzepte stammt von John Friedmann³. Friedmann versteht Armut dabei vor allem als fehlenden Zugang entmachteter Bevölkerungsgruppen zu den Quellen sozialer Macht. Wie o.a. Abbildung zeigt, zählt Friedmann hierzu nicht nur die finanziellen Ressourcen (Nettogeldeinkommen, Kredite etc.), Bildung und technische Fertigkeiten, Produktionsmittel für die Haushaltsproduktion ("instruments of work and livelihood") und Informationen (über Einkommensmöglichkeiten, die eigenen Rechte, Ernährung, Hygiene etc.); von herausragender Bedeutung sind für ihn die auf der horizontalen und der vertikalen Achse abgetragenen Machtquellen. Dabei meint "defensible life space" die territoriale Basis der Haushaltsökonomie, also den physischen Ort zum Leben, im weiteren Sinne aber auch das "Zuhause", die Nachbarschaft in ihrer emotionalen, ökonomischen und auch politischen Bedeutung. Mit "surplus time" ist diejenige Zeit gemeint, die dem Haushalt über jene Zeit hinaus zur Verfügung steht, die zur Aufrechterhaltung des Subsistenzniveaus notwendig ist. Daneben sind soziale Organisationen und soziale Netzwerke von fundamentaler Bedeutung für die Überwindung von Armut. Erst wenn der Zugang zu diesen vier Bereichen in mini-

maler Weise gesichert ist, können Haushalte um den Zugang zu den übrigen Quellen sozialer Macht kämpfen.

Das Besondere an dem Friedmannschen Konzept ist, daß es Armut nicht nur abbildet, sondern auch Rückschlüsse auf potentiell erfolgreiche Armutsminderungsstrategien zuläßt. Eine Überwindung von Armut ist demnach nur über das empowerment der ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen möglich. Dabei spielen die Selbstorganisationsformen der Armen (soziale Netzwerke und soziale Organisationen als die wesentliche Machtbasis der Zivilgesellschaft) eine herausragende Rolle. Kollektive Selbstermächtigungsprozesse sind nur dann zu erwarten, wenn es den Armen gelingt, sich selbst besser zu organisieren, um ihre Interessen gegenüber dem Staat auch wirksam durchsetzen zu können.

Analysiert man die Situation der armen Bevölkerung in Indonesien vor dem Hintergrund dieses Armutskonzeptes, kommt man freilich zu ganz anderen Ergebnissen als die Weltbank in ihren Studien. An einigen Beispielen soll dies schlaglichtartig beleuchtet werden:⁴

Zugang zu finanziellen Ressourcen: Im Jahr 1990 hatten nur 25% aller Arbeitskräfte in Indonesien Zugang zu einem Arbeitsplatz im formellen Sektor mit einem regelmäßigen monatlichen Einkommen. Nur 25% der Arbeitskräfte haben also von dem (ohnehin bescheidenen) Arbeitsschutz im formellen Sektor profitieren können. Nur 5% dieser Arbeitskräfte hatten ein Einkommen von über 200.000 Rupiah (also rund 100 US\$).⁵ Für den größten Teil der Arbeitskräfte hat dieses Einkommen noch nicht einmal für den Erhalt der eigenen

Arbeitskraft gereicht. Sie waren weiterhin auf die vielfach unsicheren Einkünfte aus den unterschiedlichsten Tätigkeiten aller Haushaltsmitglieder im informellen Sektor angewiesen. Nach einem Bericht der *Indonesian Times* vom 10.07.1990 konsumierten damals 88 % der formal registrierten weiblichen Arbeitskräfte weniger als 2.100 Kalorien am Tag.

Wie eine Vielzahl von Mikro-Studien außerdem zeigt, haben bestimmte Bevölkerungsgruppen im ländlichen Java im Zuge der Kommerzialisierung der indonesischen Landwirtschaft teilweise völlig ihre Einkommensmöglichkeiten verloren. Hierzu gehören beispielsweise ältere Frauen. Konnte sich vor der "Grünen Revolution" prinzipiell jeder Dorfbewohner an der Reisernte beteiligen und sich so ein bescheidenes Einkommen dazuverdienen, besorgen heute Landarbeiter von außerhalb unter der Regie professioneller Reishändler das Geschäft. Dazu kommt, daß die um die Inflation bereinigten Löhne im Landwirtschaftssektor Javas in den 80er Jahren stagniert haben, in Ost-Java sogar leicht zurückgegangen sind.

Zugang zu Information: Nach wie vor übt die indonesische Regierung eine strenge Zensur aus. Erst im letzten Jahr wurden drei der wichtigsten Nachrichtenmagazine verboten. Die freie Meinungsäußerung bleibt nach wie vor gefährlich. Die indonesische Regierung führt schwarze Listen mit unerwünschten Personen, die eingesperrt werden, Schreib- und Redeverbot erhalten oder des Landes verwiesen werden. Von einem ungehinderten Zugang zu Informationen insbesondere über politische Entwicklungen im Lande kann vor diesem Hintergrund keine Rede sein.

Kontrolle der Produktionsmittel: Die bereits erwähnte "Grüne Revolution" hat unter anderem dazu geführt, daß viele der ärmeren Bauern im ländlichen Java, die ehemals als Share-Cropper gearbeitet haben, zu landlosen Landarbeitern geworden sind und damit ihre begrenzte

Kontrolle über Land als wichtigstem Produktionsmittel verloren haben.

"Defensible life space": Es vergeht kaum ein Monat, in dem nicht in Jakarta auf brutale Art und Weise eines der ärmeren Wohnviertel von Polizei und Militär zwangsgeräumt wird, um für lukrative private oder öffentliche Investitionen Platz zu schaffen. Dabei wird genau das zerstört, was Friedmann "defensible life space" nennt: Enge nachbarschaftliche Verbände, die für die Überlebenssicherung der Armen von allergrößter Bedeutung sind.

"Soziale Organisationen": Soziale Massenorganisationen stehen in Indonesien unter erheblicher Kontrolle des Staates. Die politischen Oppositionsparteien wurden in zwei Blöcken (PDI und PPP) zusammengefaßt. Mit Ausnahme der Wahlkampfzeiten ist es ihnen nicht erlaubt, in den Dörfern zu agieren. 1985 wurden sie außerdem dazu gezwungen, die Staatsphilosophie Pancasila als Grundsatzprogramm zu übernehmen. Den Studenten sind jegliche organisierte politische Aktivitäten auf dem Campus generell untersagt. Eine einzige Gewerkschaft (SPSI) ist staatlich anerkannt und zugelassen. Auch bei dieser Organisation handelt es sich um einen staatlich erzwungenen Zusammenschluß früher unabhängiger Einzelorganisation. Viele ihrer Führungspositionen sind mit regierungstreuen Beamten oder Militärs besetzt. Alle sozialen Organisationen müssen von einem der zuständigen Ministerien genehmigt werden. Die Nichtregierungsorganisationen (NROs) stehen unter der Kontrolle des Innenministeriums. Mit dem Gesetz über die Dorfgemeinschaften aus dem Jahr 1979 hat die indonesische Regierung außerdem erheblich dazu beigetragen, etablierte Selbstverwaltungsstrukturen auf lokaler Ebene zu zerstören oder doch zumindest zu schwächen.

Angesichts dieser Situation erstaunt es nicht, wenn kritische Beobachter statt von 30 Millionen von 160 Millionen Armen in Indonesien sprechen. Gemeint ist da-

mit der Großteil der Bevölkerung, der praktisch von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleibt. Nur 10 % der Bevölkerung, nämlich die Spitze der Militärs, der Bürokratie und der Geschäftswelt, könnten diesem Verständnis entsprechend als nicht arm gelten.

Der Ausschluß weiter Bevölkerungskreise von den oben genannten Ressourcen führt nicht nur dazu, daß bei einem Großteil der Bevölkerung wesentliche nicht-materielle Grundbedürfnisse unbefriedigt bleiben, sondern hat vor allem gravierende Folgen für die oben erwähnten kollektiven Selbstermächtigungsprozesse.

Staatliche Programme zur Armutsminderung

In den ersten 20 Jahren der Neuen Ordnung, also von 1965 bis 1985, gab es kaum spezifische Programme zur Armutsminderung. Die Verminderung der Armut in diesem Zeitraum wird in der Regel als Folge der makroökonomischen Modernisierungs- und Wirtschaftswachstumsstrategie und ihrer "trickle-down"-Effekten angesehen. Sektorale Schwerpunkte der indonesischen Entwicklungspolitik dieser Jahre waren vor allem die Entwicklung der Landwirtschaft, der Infrastrukturausbau und der Ausbau des Bildungssystems. Von besonderer Bedeutung war, wie erwähnt, die sogenannte "Grüne Revolution", also die zentralstaatlich initiierte und zentralistisch gelenkte Kommerzialisierung der indonesischen Landwirtschaft durch die Einführung von Hohertragsorten, Düngemitteln, Pestiziden etc. Hoch zentralisierte Entscheidungsabläufe sind generell kennzeichnend für die Politik dieser Jahre.

In auffallendem Gleichklang gehen die indonesische Regierung und die Weltbank seit Mitte der 80er Jahre davon aus, daß eine erfolgreiche makro-ökonomische Wachstumsstrategie für die weitere Reduzierung der Armut in Indonesien

- Anzeige -

Tatsachen, Thesen, Trends

Zweimal monatlich rund sechzig Seiten Information, Analyse und Dokumentation im Fachinformationsdienst des Evangelischen Pressedienstes (epd).

Die Themen:

Weltwirtschaft, Umwelt, Menschenrechte, Frauen, Südpolitik, Ökumene. **Der Wegweiser** für Medien, Politik, Nichtregierungsorganisationen, politische Bildung, Wissenschaft.

epd Entwicklungs-POLITIK



Das Forum zur Nord-Süd-Politik -kritisch seit 25 Jahren-

Bestellen Sie ein Probeheft!

Abonnement: 120 DM (einfach)
192 DM (mit Abdruckrecht)
Preise inklusive Versand
epd-Vertrieb,
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt



ISKRA

zwar notwendig, aber nicht hinreichend sei. Zusätzlich bedürfe es spezifischer Armutsminderungsprogramme für diejenigen Regionen, in denen Armut konzentriert sei. Ende der 80er Jahre hat die indonesische Regierung deshalb in Form des PKT⁶ ein erstes Sonderprogramm zur Armutsminderung aufgelegt.

Armut wurde im Rahmen dieses Programms in erster Linie als regionales Phänomen wahrgenommen und als Ausnahme- und Übergangsproblem des ansonsten erfolgreichen Entwicklungsweges des Landes interpretiert. Armut als Sonderproblem existiert dieser Auffassung entsprechend nur in Sonderregionen, sogenannten *pockets of poverty*, die bisher noch nicht von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung profitieren konnten, weil sie durch ihre isolierte Lage, durch den Mangel an natürlichen Ressourcen oder durch wenig produktive Böden benachteiligt seien. Durch einen multi-sektoralen Ansatz sollten die Rahmenbedingungen für die ärmere Bevölkerung in diesen Regionen so verbessert werden, daß diese in der Lage versetzt würden, eigene produktive Aktivitäten erfolgreich durchzuführen.

Ziel des Programmes war unter anderem die Stärkung der Planungsfähigkeiten der formellen und informellen Institutionen auf Dorf- und Subdistriktebene. Die Zielgruppen sollten direkt an der Planung der Maßnahmen beteiligt werden.

Tatsächlich ist es in der vierjährigen Laufzeit des Programmes allerdings nicht gelungen, die hoch zentralisierten Planungs- und Entscheidungsmechanismen der indonesischen Regierung zu durchbrechen. Statt des geplanten partizipativen, dezentralen Managements des Programmes dominierte letztendlich der übliche *Top-down-approach*. Daneben haben u.a. die kurze Laufzeit (je Region maximal 1 Jahr), die geringe Integration mit anderen sektoralen Maßnahmen, die monofunktionale Bildung von Zielgruppen, die nicht auf bereits existierenden Gruppen aufbauen durften, und die Dominanz lokaler Eliten dazu beigetragen, daß der Großteil der Maßnahmen ohne größere Wirkung verpufft ist.⁷

Ende 1993 wurde das PKT durch ein neues, jetzt auf die armen Dörfer Indonesiens konzentriertes Armutsminderungsprogramm ersetzt. Anders als das Vorgängerprogramm stellt das sogenannte IDT⁸ auf die Stärkung oder Schaffung eigener Organisationsformen der armen Bevölkerung in den insgesamt 20.633 Armutsdörfern Indonesiens ab. Die Armen sollen über eine Stärkung von Selbsthilfegruppen, ganz im Sinne des Konzeptes von Friedmann, ermächtigt werden ("empowerment"). Hierzu soll sogar, wie dies ebenfalls den Modellvorstellungen von Friedmann entspricht, auf nichtstaatliche, externe Akteure, wie beispielsweise NROs zurückgegriffen werden.

Obwohl sich das Programm teilweise wie die Zusammenfassung der Ergebnisse moderner, sozial- und politikwissenschaftlich orientierter Armutsforschung liest, sind Zweifel angebracht, ob es der indonesischen Regierung mit dem *empowerment* der Armen auch wirklich ernst ist. Dagegen spricht erstens die räumliche Eingrenzung des Programms auf sogenannte Armutsdörfer. Die Benachteiligung und der mangelnde Zugang bestimmter Bevölkerungsgruppen in Indonesien zu Ressourcen und Chancen ist, wie im vorangegangenen Abschnitt bereits angedeutet, kein regional begrenztes Sonderproblem. So notwendig eine vermehrte Konzentration von Entwicklungsmaßnahmen auf benachteiligte Regionen Indonesiens auch immer sein mag, die vornehmlich räumlich orientierte Armutsminderungsstrategie des IDT verstellt den Blick für dringend erforderliche gesamtstaatliche Reformen. Hierzu gehört vor allem die Beseitigung der rechtlichen und politischen Restriktionen für die Selbstorganisation der Armen. Gegen die Hoffnung, daß es mit Hilfe des IDT gelingen wird, die politische und rechtliche Situation der Armen nachhaltig zu verbessern, spricht zweitens die nach wie vor extrem repressive Haltung der indonesischen Regierung in den oben erwähnten Bereichen. Drittens und letztens ist kaum zu erkennen, welche regierungsunabhängige Instanz in Indonesien die in dem Programm vorgesehenen Mobilisierung und Bildung von Selbsthilfegruppen in den Armutsdörfern vorantreiben sollte. Angesichts der strengen staatlichen Kontrolle sämtlicher sozialer Organisationen einschließlich der NROs sind solche externen Akteure nicht in Sicht.

Die programmatischen Bekundungen der indonesischen Regierung zum *empowerment* der Armen und zu einem dezentralen Management sind vor diesem Hintergrund in erster Linie als Teil des internationalen Entwicklungsdiskurses zu verstehen. Die Begriffe "Dezentralisierung" und "empowerment" garantieren

dabei die Anschlußfähigkeit der indonesischen Diskurse an die internationale Debatte.⁹ Sie helfen vor allem den Zustrom an Entwicklungshilfegeldern nach Indonesien zu stabilisieren. Die schlaglichtartige Beleuchtung der politischen Situation in Indonesien hat gezeigt, daß die Rahmenbedingungen für ein *empowerment* unterprivilegierter oder besser ausgeschlossener Bevölkerungskreise momentan in Indonesien nicht gegeben sind.

Christoph Beier

Der Autor ist wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie der Ruhr-Universität Bochum.

Anmerkungen:

- 1 Zu den üblichen Qualitätsmängeln quantitativer Daten kommt hier das Problem, daß die Ausgaben für bestimmte Güter und Dienste bei Haushaltsbefragungen in der Regel über- oder unterschätzt werden.
- 2 vgl. Booth, Anne 1993: *Counting the poor in Indonesia*. In: *Bulletin of Indonesian Economic Studies*, 29. Jg., H. 1, S. 53-83: S. 66, Tabelle 6
- 3 vgl. Friedmann, John 1992: *Empowerment. The Politics of Alternative Development*. Cambridge, Massachusetts, Oxford, UK
- 4 Zu den nachfolgenden Ausführungen vgl. v.a. van Tuyl, Peter/Witjes, Ben 1993: *Popular Participation in Indonesia's Development Process*. In: Dirkse, Jan-Paul et al. (Hrsg.) 1993: *Indonesia's experiences under the New Order*. Leiden; Hafidz, Wardah 1993: *Poverties Beyond Economics*. In: Dirkse, Jan-Paul et al. (Hrsg.) 1993: *Indonesia's experiences under the New Order*. Leiden
- 5 vgl. National Labour Force Survey 1990.
- 6 *Pengembangan Kawasan Terpadu (Integrierte Regionalentwicklung)*.
- 7 vgl. Beier, Christoph 1994: *Dezentralisierung und Entwicklungsmanagement in Indonesien. Beobachtungen zur politisch-administrativen und zur wissenschaftlichen Kommunikation: Ein systemtheoretischer Versuch*. Dissertation an der Fakultät für Geowissenschaften der Ruhr-Universität Bochum (im Druck), Kapitel 5.4.
- 8 *Inpres Desa Tertinggal (Programm für zurückgebliebene Dörfer)*.
- 9 vgl. hierzu Beier 1994.

- Anzeige -

KRITISCHE ÖKOLOGIE

12. Jahrgang, 1994/95
Schwerpunkte:

Heft 1 (März 1994): Ecuador - Landwirtschaft und Entwicklung im andinen Hochland

Heft 2 (Januar 1995) Biotechnologien und Entwicklung

Heft 3 (Februar 1995): Partizipation im UNCED Nachfolgeprozeß - Neue Einsichten für eine solidarische Welt?

Heft 4 (März 1995): Landkonflikte in Mittelamerika

3. Welt Agrarkulturen Umwelt

Einzelpreis DM 7,-
Jahresabo
(4 Ausgaben) DM 25,-

Herausgeber/
Vertrieb:

Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt (VFLU)
Langgasse 24, 65183 Wiesbaden 1, Tel.: 0611/370371